

die Zahl der Studienplätze schon für DDR-Studenten nicht aus – eigentlich müßten Sie den westdeutschen jetzt eine Quote einräumen.

MEYER: Also gut. Wenn sich die westdeutsche Kultusministerkonferenz auf eine Quotenregelung festlegt, dann müssen wir dem natürlich entsprechen. Gleichbehandlung muß sein.

SPIEGEL: Frohe Kunde für alle westdeutschen Abiturienten. Die können sich jetzt gleich doppelt bewerben.

MEYER: Ja, ja. Das ist unser Hauptproblem...

SPIEGEL: ... das sich allerdings auf wenige Fächer, vor allem auf Medizin, beschränken wird. In den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften benötigen Sie erst einmal Hilfe aus dem Westen, um ein vernünftiges Studium aufzubauen. Können Sie die Professoren aus der Bundesrepublik überhaupt bezahlen?

MEYER: Unter den gegenwärtigen finanziellen Bedingungen wird das jedenfalls schwierig. Sobald es geht, werden wir Lehrstühle ausschreiben – aber mit der bei uns üblichen Dotierung.

SPIEGEL: Der Andrang wird sich in Grenzen halten.

MEYER: Wer nicht begreift, daß er hier eine große Chance hat, auch wenn er finanziell ein paar Jahre schlechter steht als seine Kollegen in der Bundesrepublik, dem kann ich nur sagen: Er soll bleiben, wo er ist.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für das Gespräch.

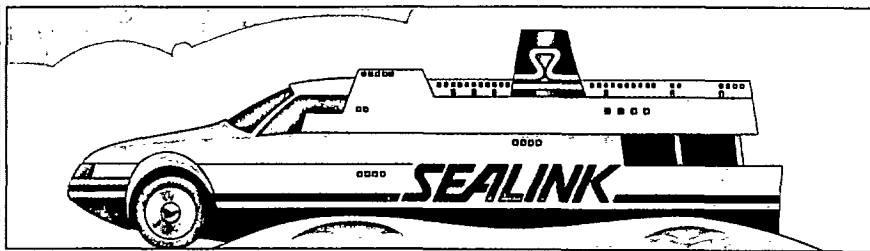
Parteispenden

Reise ins Ungewisse

Ausgerechnet zur Bundestagswahl steht Helmut Kohl Peinliches bevor – der Parteispenden-Prozeß gegen CDU-Schatzmeister Kiep, der größte seit der Lambsdorff-Affäre.

In der Beethovenhalle drängelten sich die Verdienstkreuz-Träger zum Geburtstagsempfang des Kanzlers. Aus dem Getümmel der Gratulanten ragte mit fast zwei Metern Länge einer heraus, der früher in Bonn nie zu übersehen war: Eberhard von Brauchitsch, Ex-Industrieller und Hauptfigur des Flick-Skandals.

Der Auftritt des gelehrten Advokaten Anfang April rückte manchem in Erinnerung, was in der Bundeshauptstadt schon bewältigt schien. Es gibt sie noch, die Parteispendenaffäre, und die CDU wird jetzt mit Macht von ihr eingeholt. Und auch der Edelman, der auf der



RELAX. AND DO IT!
BIS ZU 90x PRO TAG UND NACHT
NACH IRLAND UND ZURÜCK.

Sealink bietet *die größte Auswahl* an Überfahrtmöglichkeiten nach Irland. Und mit dem „Irland Landbridge“ Kombi-Tarif von Sealink können Sie die einzelnen Strecken beliebig aussuchen und so Ihre Reiseroute *ganz individuell* zusammenstellen. Zum ermäßigten Preis von ab 660 DM für 1 Auto und 2 Erw. *Buchen Sie rechtzeitig.* Informationen im Reisebüro oder bei Sealink, Oststr. 122, 4000 Düsseldorf, Telefon 0211/3 61 30 21.

IRLAND

GÜNSTIGER KOMBI-TARIF

ENGLAND **SEALINK** IRLAND

Für Sie.

Chef-Alltag. Verhandlungen bis in die Abendstunden. Vollste Konzentration. Entscheidungen für die Zukunft. Toscana von Febrü. Anspruchsvolles Design für anspruchsvolle Aufgaben. Funktionell vom Schreibtisch bis zum Schrankprogramm. Toscana von Febrü – Erfolg, den man sieht.

Febrü
Büro-Systeme für Menschen.

Mehr über Febrü Toscana (und die Adresse des nächsten Fachhändlers) von: Febrü - Felix Brüngrer Büro- und Sitzmöbelfabrik GmbH & Co. KG Heidestraße 50 · D-4900 Herford
Tel. 052 21/59 03 0
Fax 052 21/59 03 53

Kanzler-Feier so gelöst mit Hannelore Kohl parlierte, als hätte es nie eine Zustimmung gegeben, wird seine Vergangenheit nicht los: Der im Februar 1987 wegen Steuerhinterziehung zu zwei Jahren Haft mit Bewährung verurteilte Duzfreund Kohls ist von der Bonner Staatsanwaltschaft als Zeuge für einen Prozeß eingeplant, der dem Kanzler und seiner CDU höchst ungelegen kommt.

Vor der 3. Großen Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts beginnt am Donnerstag dieser Woche der größte Parteispendenprozeß in der seit 15 Jahren dauernden Affäre. Angeklagt sind CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep, 64, und sein Generalbevollmächtigter Uwe Luthje, 58. Beiden wird Beihilfe zur Steuerhinterziehung von gewaltigen Ausmaßen vorgeworfen.



Angeklagter Luthje
„In einer Konfliktsituation“

Es geht um Parteispenden in Höhe von 18 505 000 Mark, die mit Hilfe der „Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e.V. Köln/Koblenz“ (SV) gewaschen und in die Kasse der CDU geschleust worden sein sollen.

Die Geldgeber blieben so anonym und konnten ihre Gaben, da die SV als gemeinnützig anerkannt war, von der Steuer absetzen, was bei direkter Subventionierung der Parteien nicht möglich gewesen wäre. Der Fiskus ist bei den schrägen Geldgeschäften um 9 029 322 Mark geprellt worden.

Umfang und Zeitpunkt des Prozesses im Bundestagswahljahr 1990 lassen ein Verfahren erwarten, das allenfalls noch in dem Lambsdorff-Prozeß (1985 bis 1987) eine Parallele hat. Die SV war die mit Abstand größte deutsche Waschan-

lage, alle anderen Parteispendenfälle haben vergleichsweise Bonsai-Format.

Fast ein Jahrzehnt lang haben die Staatsanwälte ermittelt. Die Anklage basiert auf 167 Durchsuchungen bei Spendern – von den 214 Millionen Mark, die in nur zwölf Jahren (zwischen 1969 und 1980) in Parteikassen flossen, konnte nur ein Bruchteil berücksichtigt werden. Der ermittelnde Bonner Staatsanwalt Andreas Schütz hat sich auf nordrhein-westfälische Fälle beschränkt, in denen die Beteiligung der Angeklagten zweifelsfrei schien. Die Liste der 61 Fälle beginnt mit einer Kaufhof-Zahlung und endet mit einer der vielen Flick-Gaben.

Peinlich für die CDU ist nicht nur, daß sie ausgerechnet jetzt ins Zentrum der Spendenaffäre rückt. Die Partei Helmut Kohls muß auch finanzielle Konsequenzen fürchten.

Die Bundes-CDU plagen schwere Geldsorgen. Sie hat Rekord-Schulden von 75 Millionen Mark, die Banken wollen die Kreditlinie nicht mehr erhöhen. Lediglich für den DDR-Wahlkampf brachte die Wirtschaft Anfang des Jahres drei Millionen Mark auf. Ansonsten ist der Spendenfluß zum Rinnsal verkümmert. Ein Ende der Geldknappheit ist nicht in Sicht. Wenn Kiep und Luthje regelmäßig mittwochs und donnerstags vor Gericht müssen, werden Mäzene nicht gerade zum Spenden ermuntert.

Das Verfahren, in dem die Staatsanwaltschaft 50 zumeist prominente Zeugen wie Rudolf August Oetker oder den Ex-Daimler-Chef Joachim Zahn benannt hat, wird eine Reise ins Ungewisse mit unbestimmter Dauer. „Im Mai 1991“, schätzt der Kölner Kiep-Anwalt Professor Günter Kohlmann, „geht dieser Prozeß zu Ende. Ich habe einen Sack voll von Beweisanträgen.“ Zunächst ist allerdings nur bis zum 26. Juli terminiert.



Angeklagter Kiep
„Absolut sauber“

Dem Vorsitzenden Richter der 3. Kammer, Manfred Obermann, 50, ist die Materie nicht ganz unbekannt. Vor zwei Jahren leitete er eine Verhandlung gegen den Rheinmetall-Manager Hans Hockel, der wegen illegaler Parteispenden angeklagt war. Hockels Berufung wurde abgeschmettert.

Das Verfahren mit dem Aktenzeichen 40 Js 359/81 ist allerdings mit dem Hockel-Fall nicht vergleichbar. Der Kiep-Luthje-Prozeß wird, ähnlich wie die Lambsdorff-Affäre, auch ein politischer Prozeß mit etlichen Unwägbarkeiten. Gewaltige Drohkulissen werden aufgebaut. Niemand weiß, ob nicht einer der Zeugen aus der Wirtschaft oder einer der Angeklagten auspacken wird. „Mein Mandant“, betont Kohlmann, „muß keine falschen Rücksichten mehr nehmen.“

Die beiden Angeklagten sind nur auf den ersten Blick ein Gespann. Kiep ist seit 18 Jahren Bundesschatzmeister, sein engster Mitarbeiter Luthje genauso lange Generalbevollmächtigter. Die Beziehung aber hat tiefe Risse.

Als die Fahnder schon aktiv waren, hat der gelernte Volkswirt Luthje versucht, seinen Chef Kiep rauszupacken. Er verblüffte mit der Aussage, Kiep habe gar keine Spenden eingetriben, sei daher auch „absolut sauber“. Die Briefe an die SV seien nicht von Kiep eigenhändig, sondern von einem Unterschriftenautomaten unterzeichnet worden.

Diese Version stammt aus 1981. Kiep war Spitzenkandidat der CDU bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen, und sollte geschont werden. Alle Beteiligten spielten auf Zeit, sie hofften, bis zur Amnestie über die Runden zu kommen.

Wenn Kiep aber nun die Erzählungen Luthjes von einst zur eigenen Strategie machen sollte, um Schuld abzuladen, wäre der Krach programmiert. Vorsichtig hat Luthje dies schon angedeutet. Er befindet sich, gab er zu Protokoll, „im Verhältnis zu den Spendern und zum Bundesschatzmeister der CDU in einer Konfliktsituation“.

Kiep wiederum könnte Erhellendes über Kohl beisteuern. Weil der Kanzler im Jahre 1985 vor einem Mainzer Untersuchungsausschuß erklärt hatte, ihm sei als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (1969 bis 1976) nicht bekannt gewesen, daß die SV „als Geld- und Spendenbeschaffungsanlage diene“, war er wegen unedlicher Falschaussage angezeigt worden. Kohl stand am Rande einer Anklage, bis heute ist ungeklärt, was der Pfälzer wirklich über die Spendenpraxis der SV gewußt hat.

Kiep und Kohl sind alles andere als Freunde. Der Parteichef möchte Kiep am liebsten abhelfern. Vor dem letzten CDU-Parteitag in Bremen wurden bereits Nachfolger gehandelt.

Spannend können auch die Auftritte der Spender vor Gericht und die Reaktio-

nen darauf werden. Im öffentlichen Bewußtsein sind die Rollen klar: Die Politiker allein sind die Bösewichte – die Spender aber gelten als Wohltäter, die als „Sündenbock für die Fehler“ (von Brauchitsch) anderer erhalten müssen. So sieht es vor allem der frühere Bosch-Chef Hans L. Merkle, der den Politikern vorwirft, die Spender „im Regen stehen-zulassen“ und der Kriminalisierung auszusetzen: „Handeln ohne Moral“.

Die Wahrheit ist nicht so schwarz-weiß: Manche Unternehmer haben noch auf steuersparenden Quittungen bestanden, als die Ermittlungen schon liefen. Auch diente die SV der Industrie lange Zeit als Steuerungsanlage, um Sozios von der Macht fernzuhalten. Und einer wie Merkle war eine zentrale Figur, ohne ihn lief bei der SV nichts – er lenkte die Geldströme. Merkle ist als Zeuge vorgesehen, aber da wird nicht viel rumkommen. Alle wissen zuviel übereinander.

Kiep wie Lühje haben versucht, dem Verfahren doch noch zu entweichen. Kiep stellte einen Verjährungsantrag – ohne Erfolg. Lühje bemüht die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg wegen überlanger Verfahrensdauer – die Aussichten sind nicht gut.

Um wenigstens den materiellen Schaden im wichtigen Wahljahr zu begrenzen, hat der CDU-Chef für Lühje und Kiep interimistisch einen Vertreter ausgesucht: Der Frankfurter Wirtschaftsprüfer Horst Weyrauch, mit den Finanzen der Union bestens vertraut, soll die Spender bei Laune halten, solange die beiden Geldeintreiber durch ihren Prozeß blockiert sind.

Giftmüll

Chemischer Zoo

Die erste umfassende Sanierung einer Chemiedeponie, von Umweltpolitikern als vorbildlich gepriesen, erweist sich als Flop.

Erst stemmten Arbeiter die Betonplatten auf, mit denen die Grube vor zehn Jahren verschlossen worden war, dann fraßen sich Bagger in den Untergrund. Von deren Schaufeln nahmen Chemiker ab und zu Proben ab, beäugten und berochen die Substanz. Ihr Urteil: „Der Stoff darf auf die Hausmülldeponie.“

Knapp 10 000 Lastwagen wurden bis vor drei Jahren in Krißel bei Frankfurt mit den Chemieabfällen aus einer längst geschlossenen Abfallkippe des Chemie-giganten Hoechst AG beladen. 117 000 Tonnen des Altmülls, wie mit den Be-

hörden vereinbart, landeten auf der städtischen Hausmüll-Deponie in Buchschlag vor den Toren Frankfurts.

Doch die „erste gelungene Altlastensanierung im großen Stil“, wie das hessische Umweltministerium seinerzeit rühmte, entpuppt sich als Flop. Wo die Hoechst Altlasten abgekippt wurden, muß nun erneut saniert werden: In dem Chemiemüll wurden erhebliche Mengen des Giftes Dioxin entdeckt. Die Darmstädter Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Behörden, Politiker und Industrie wegen illegaler Abfallbeseitigung.

Millionensummen stecken Länder und Kommunen derzeit in die bundesweite Kartierung von Altlasten der Industrie wie in die Entwicklung neuer Sanierungsmodelle. Doch welcher „chemi-

ponie zu Sonderkonditionen nutzen – für ein Drittel des üblichen Preises. Die Kommune ließ sich zwar zusichern, daß nur „hausmüllähnliche Abfälle“ auf die Müllkippe gebracht werden dürften. Doch das Verfahren zur Prüfung der Chemierückstände, von der Hessischen Landesanstalt für Umwelt eigens entwickelt, erwies sich als untauglich.

Dabei las sich auf dem Papier recht beeindruckend, wie das Zeug auf Umwelt Risiken untersucht werden sollte: Nach einer „organoleptischen Prüfung“ der Substanzen aus der Chemiekippe sollte ein „2-Stunden-Eluat“ folgen, zudem mußten einzelne Proben einem „24-Stunden-Eluat“ unterzogen werden. Die Auslagerung der Abfälle, so Hessens Umweltminister Karlheinz Wei-



Hausmüll-Deponie Buchschlag: „Es gibt kein ungiftiges Dioxin“

sche Zoo“ (der Berliner Abfallforscher Hans-Peter Lühr) entsteht, wenn unterschiedliche Produktionsrückstände in eine neue Deponie umgelagert werden, läßt sich nicht vorhersagen.

Für Lühr ist die erste Umbettung von altem Chemiemüll in großem Stil ein Musterbeispiel dafür, wie es nicht gemacht werden darf: Die kommunale Deponie in Buchschlag ist gegen das Grundwasser genauso wenig abgedichtet wie der alte Lagerplatz.

Daß die Chemierückstände dennoch dorthin gekarrt wurden, geht auf eine Absprache zwischen der damals CDU-geführten Frankfurter Stadtregierung und der Hoechst AG zurück. Der größte Arbeitgeber der Rhein-Main-Region war in Zugzwang geraten, weil durch die Altdeponie in Krißel Grund- und Trinkwasser gefährdet wurden.

Die Kommune zeigte sich ungewöhnlich hilfsbereit: Die Hoechst AG durfte fortan die Buchschlager Hausmüll-De-

mar (CDU), sei „intensiv überwacht“ worden.

Das pseudowissenschaftliche Wortgeklänge sollte darüber hinwegtäuschen, daß der Hoechst-Müll nur einigen Allergikums-Prüfungen unterzogen wurde. Hinter dem „organoleptischen Test“ verbirgt sich nur die Suche nach stechenden Dämpfen und schillernden Farben – mittels Augen- und Geruchskontrolle. Beim Eluat wird lediglich Abfall gewässert und in der Brühe nach Giftkonzentrationen gefahndet. Ein umstrittenes Verfahren, denn Sickerwasser, das später auf der Deponie entsteht, kann laut Lühr ganz anders zusammengesetzt sein.

Lühr, von Weimar als Gutachter berufen, erwies sich als schärfster Kritiker des Umweltministers. Das Prüfverfahren sei „prinzipiell ungeeignet“, Giftstoffe von der Hausmüll-Deponie fernzuhalten, wenn in der Altlast „auch andere als die von der Firma Hoechst AG